

## **Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (16. Ausschuss)  
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung  
– Drucksache 20/7502 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht**

### **A. Problem**

Mit dem Gesetzentwurf sollen die Potenziale zur Erreichung der Klimaziele, die sich aus der Umsetzung des immissionsschutzrechtlichen Instrumentariums und aus den dynamisch angelegten Betreiberpflichten ergeben, effektiver genutzt werden. Im Wesentlichen zielt der Gesetzentwurf auf eine Beschleunigung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ab.

### **B. Lösung**

Um einen substantiellen Beitrag zur Erreichung der im Bundes-Klimaschutzgesetz festgelegten Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 zu leisten, wird in diesem Gesetzentwurf zum einen das „Klima“ als ausdrückliches Schutzgut in das Bundes-Immissionsschutzgesetz aufgenommen. Des Weiteren sollen verschiedene Änderungen der Verfahrensregelungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz und in der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) die Dauer immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren verkürzen und vereinfachen. Darüber hinaus werden unter anderem durch Konkretisierung des einschlägigen Fachrechts einzelne Vorgaben der Industrieemissionsrichtlinie umgesetzt.

### **C. Alternativen**

Die Bundesregierung sieht keine Alternativen zu ihrem Gesetzentwurf.

## **Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Harald Ebner**

### **I. Verlangen eines Berichts**

Die Fraktion der CDU/CSU hat gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz über den Stand der Beratungen des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/7502 beantragt. Die Voraussetzungen für eine Berichterstattung liegen vor.

### **II. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/7502** in seiner 115. Sitzung am 6. Juli 2023 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat sich zudem gutachtlich beteiligt.

### **III. Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Rechtsausschuss**, der **Wirtschaftsausschuss**, der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**, der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** sowie der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** haben die Vorlage auf Drucksache 20/7502 bisher nicht beraten.

### **IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz hat zu der Vorlage auf Drucksache 20/7502 in seiner 45. Sitzung am 21. Juni 2023 eine öffentliche Anhörung beschlossen und terminiert. Die öffentliche Anhörung hat der Ausschuss in seiner 48. Sitzung am 20. September 2023 durchgeführt. An dieser haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Nadine Schartz	Deutscher Landkreistag
Katharina Graf	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)
Dr. Cornelia Nicklas	Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH)
Catrin Schiffer	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
Hauke Dierks	Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
Dr. Frank Fellenberg	Kanzlei Redeker/Sellner/Dahs, Partnerschaftsgesellschaft mbB
Verena A. Wolf	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)
Dirk Teßmer	Rechtsanwälte Philipp-Gerlach
Dr. Karin Hinrichs-Petersen	Aurubis AG
Francesca Mascha Klein	ClientEarth gGmbH

Hinsichtlich der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung wird auf das Protokoll der 45. Sitzung vom 21. Juni 2023 mit den anliegenden Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

Eine Aufsetzungsbitte für die Beratung der Vorlage auf Drucksache 20/7502 hat es bislang nicht gegeben.

Berlin, den 13. März 2024

**Harald Ebner**  
Vorsitzender

